

Selbstdarstellung

Endlich können jetzt auch Studierende in Duisburg die zahlreichen Angebote der Gewerkschaft ver.di nutzen.

Die ver.di-Campusgruppe besteht aus interessierten, politischen und engagierten Studierenden sowie Angehörigen der Hochschule.

Service und Themen von Verdi Campus:

Hilfe und Tipps beim Studium und dem Beschäftigungsverhältnis an der Hochschule.

Praktika: Wie komm ich dran, wie komm ich durch, ... kommt was danach?

Stress im Nebenjob oder der Beschäftigung an der Hochschule - was tun?

Arbeits- und Sozialrechtsschutz - unsere Anwälte helfen weiter.

www.Tarifini.de: Gute Bezahlung für studentische Hilfskräfte sichern.

Kampagne gegen Coca-Cola - Solidarität mit Gewerkschaftern in Lateinamerika.

Zahlreiche Seminare und Bildungsangebote, politische Veranstaltungen und Aktionen.

Jeder und jede Studierende als auch Mitarbeiter der Hochschule sind herzlich eingeladen, bei uns reinzuschauen.

Wir freuen uns immer über neue Leute mit frischen Ideen und Themenvorschlägen.

Schreibt uns eine Mail und Ihr bekommt über den E-Mail-Verteiler regelmäßig Infos über unsere Veranstaltungen

sowie wichtige News zu Studium, Praktika, Jobs, Rechtsänderungen, Politik, etc....

Gewerkschaft bedeutet auch immer solidarische Hilfe. Von Mitgliedern für Mitglieder.

So finanzieren wir über unsere Mitgliedsbeiträge, Beratungen für Sozial- und Steuerfragen.

Und es gibt einen Rechtsschutz. Kostenlos für Mitglieder!

Studierende können für nur 2,50 Euro im Monat Mitglieder werden.

Triff: Jeden dritten Mittwoch im Monat, 18 Uhr im LF 031 (AS/Akeller/ Campus Duisburg)

Die vorliegende Ausgabe der **ver.di Campus Vierteljahresschrift** ist ein Gemeinschaftsprodukt der **Ver.di Campus Gruppe Studierende und den Ver.di Vertrauensleuten der Beschäftigten der Universität Duisburg-Essen**

Anregungen, Rückfragen oder Interesse an aktiver Mitarbeit?

Dann Email an:

info@verdi-campus.de

Weitere Infos unter www.verdi-campus.de

Termine

Veranstaltungen/ Aktivitäten:

Soziologie unter dem Diktat der Nützlichkeit?

Tagung: 09.11.2007

Ort: Institut für Soziologie, Münster, Scharnhorststrasse 121

Beginn: 13.30 Uhr

Weitere Informationen unter: <http://soziologie-tagung.uni-muenster.de>

Reina, Candelario: Venezuela

Mi, 05.12.07, 10-12 Uhr, LK 053 (Duisburg)

Coca-Cola Boykott – NPW-weite Aktionswoche

Mo, 03.12. bis Fr, 07.12.07, mehrere Veranstaltungen, Campus Bielefeld, Duisburg, Dortmund, Köln und Wuppertal

Weitere Informationen unter www.verdi-campus.de

Hesse, Christoph: Walter Benjamin und die Frankfurter Schule

Vortrag und Diskussion

Mi, 14.11.07, 20 Uhr -Ende offen, Havanna, Musfeldstr. 26, 47051 Duisburg

Vilalona César: Vom neoliberalen Krieg gegen die Armen

Mo, 12.11.07, 19 Uhr, Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 53111 Bonn

Campus

Vierteljahresschrift

03/2007

ver.di

Konzeptionslos

und diffus –

Hochschulpolitik made in Germany in Zeiten des Elite-Brandings

And once again the winners are: Die Universitäten des Südens! Knapp zwei Drittel der nun offiziellen Eliteuniversitäten in der Bundesrepublik befinden sich in den beiden Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern. Die Vergabe der sehr begehrten Elite-Etiketten bestätigt im Endeffekt nur das, was sich bereits durch eine Vielzahl von Uni-Rankings, sei es durch den Fokus, das CHE, die Zeit und nicht zuletzt durch den Spiegel, andeutete. Hochschulpolitische Konsequenzen hat die Benennung der Eliteuniversitäten sowie die Förderung von Exzellenzclustern und Graduiertenschulen insofern, als dass ungleiche Ausgangssituationen zwischen den Hochschulen auf dem deutschen Universitätsmarkt durch die Mittelvergabe noch verschärft statt verbessert werden.



Zu den antizipierbaren Folgen einer neoklassischen Ausrichtung der Hochschulpolitik gehören bspw., dass viele Studienprogramme, sog. Ochideenwissenschaften, von der Hochschullandschaft verschwinden und nur noch solche Fächer an Hochschulen angeboten werden, die für Universitäten gewinnbringend und magertätig sind sowie für Studierende positive Arbeitsplatzchancen in Aussicht stellen. Nicht zuletzt die Generierung einer am Leistungsprinzip orientierten Einkommensverteilung für die Besten der jeweiligen Hochschule würde ein großes, wenn nicht sogar unmögliches Unterfangen darstellen, welches mit der Orientierung der deutschen Hochschulen am Wettbewerbskonzept der Neoklassik verbunden wäre. Inwiefern ein Prozess der schöpferischen Zerstörung für die Hochschullandschaft profitabel sein kann, wird nicht nur auf wissenschaftlicher, sondern auch auf politischer Ebene stark bezweifelt.

Ob ein Wettbewerb, das vorherrschende Ordnungsaxiom in marktwirtschaftlich konzipierten Räumen, zwischen Leistungsanbietern im universitären (Dienstleistungs-) Sektor überhaupt möglich ist, kann nicht nur aufgrund der fehlenden äquivalenten Ausgangspunkte zwischen den Bildungsanbietern stark bezweifelt werden. Liegt doch bereits dem neoklassischen Modell der vollkommenen Konkurrenz ein statisches und damit unrealistisches Wettbewerbsverständnis zugrunde, welches davon ausgeht, dass Angebote an die Präferenzen der Nachfrager angepasst, Ressourcen optimal eingesetzt werden und eine leistungsgerechte Bezahlung erfolgt. Die Anwendung dieses statischen Verständnisses der neoklassischen Perspektive auf die deutsche Hochschullandschaft im-

Stand halten können, ist jedoch unzweifelhaft zu konstatieren und betonte bereits Alt-Bundespräsident Roman Herzog im Jahr 1997. Schon vor einer Dekade forderte er in seiner berühmten „Rückrede“ eine Abkehr von bürokratischen und allzu starren Vorgaben im Hochschulbildungssystem und eine Bewegung hin zu mehr wettbewerblichen Anreizstrukturen. Ein probates Mittel des Dienstleistungsmerkings, das Konkurrenzmodell in den Hochschulmarkt zu implementieren, bildet die Schaffung von sog. Wettbewerbsrogaten mit Hilfe des Benchmarking.

Beim Benchmarking handelt es sich um inkrementelle Vergleichsprozesse zwischen Herstellungsprozessen, Managementpraktiken sowie Produkte oder Dienstleistungen, mit dem Ziel, Leistungsdefizite aufzudecken und diese letztendlich zu eliminieren. Einzelne Bewertungskriterien, sog. Benchmarks, werden abgeleitet, um die Vergleichbarkeit von Leistungen zu ermöglichen. Hauptsächliche Zielgrößen des Benchmarking sind Kosten, Qualität, Zeit und/oder Kundenzufriedenheit. Auf den Hochschulmarkt transferiert bedeutet dies, dass durch den Wettbewerbsdruck der Hochschulen untereinander, die materiellen wie immateriellen Leistungen (primär die Lehrangebote) sowie die Verwaltungsprozesse und -strukturen der Universitäten konkurrenzfähiger und damit nachfrageorientiert und profitabler gestaltet werden.

Das Vorhaben, Techniken des modernen Marketings auch für den öffentlichen Dienstleistungssektor zu instrumentalisieren, besteht nicht schon seit dem Aufkommen des New Public Management und der Einleitung des Bologna-Prozesses. Bereits Anfang der siebziger Jahre wurden die ersten An-

Konzeptionslos und diffus - Hochschulpolitik made in Germany in Zeiten des Elite-Brandings

ver.di

Selbstdarstellung

Selbstdarstellung

V. i. S. d. P. Verdi Bezirk Duisburg-Niederrhein, Fachbereich 6, Kasinostr. 23-27, 47051 Duisburg, Stefan Kaufmann

Termine

Termine

Campus

ver.di

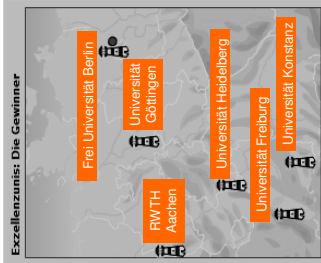
Konzeptionslos und diffus – Hochschulpolitik made in Germany in Zeiten des Elite-Brandings

läufe unternommen, zwecks Vergleichbarkeit und Gleichwertigkeit der Studienangebote und universitären Dienstleistungsangeboten möglichst bundesweit anzupassen bzw. begrenzt zu nivellieren. Dieser Versuch wurde jedoch in den achtziger Jahren quasi ins Gegenteil umgedreht, indem die Zielsetzung zunehmend in Richtung autonomer Differenzierung und Profilierung der Studienangebote der einzelnen Hochschulen ging. Diese fehlende Reformrichtung im Hochschulsektor wurde zusätzlich dadurch verstärkt, dass spezifische Reformdebatten ohne Berücksichtigung empirischer Daten und Befunde geführt wurden.

Zwar werden in den durch den Bologna-Prozess eingeleiteten modernen hochschulpolitischen Umstrukturierungsmaßnahmen statistische Kennwerte (Benchmarkmarks) mit berücksichtigt, es wird jedoch einer Nach- als Vorleistung und forciert einen soll der Wettbewerb durch Schaffung von Vergleichspunkten (Benchmarkmarks) ermöglicht werden, zum anderen werden jedoch die Ausgangssituationen der sich auf dem Bildungsmarkt befindlichen Universitäten durch ungleiche Mittelevergabe in eine noch stärkere Schiefe Lage versetzt, als dies zuvor der Fall war. Will eine Hochschule bspw. die Qualität der Lehre verbessern (eine zentrale Zielgröße des Benchmarking), was durch zusätzliche Tutoren, bessere Skripte, individuellere Betreuungsangebote oder umfangreichere Literaturbestände in den Bibliotheken erreicht werden kann, sind dazu Gelder nötig. Diese finanziellen Ressourcen stehen allerdings nicht zur Verfügung, da sie an eine Universität gegeben wurden, bei der die Qualität der Forschung und Hochschullehre ohnehin schon sehr gut ist.

Eine konsequente Anwendung des Benchmarking ist dies nicht, da dabei die Erforschung der Performanzunterschiede im Mittelpunkt steht, um solche Leistungsangebote durch Vergleichsprozesse adaptieren zu können, die am besten

beiter eingestellt werden, die allerdings nicht für die Lehre verantwortlich sind bzw. mit dieser betraut werden.

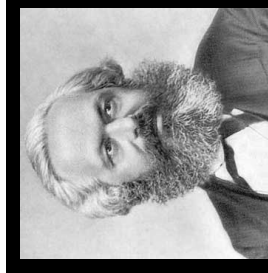


Restürierend lässt sich festhalten, dass die bildungspolitischen Steuerungsinstrumente auch im 21. Jahrhundert stumpf bleiben, wenn diese nicht gezielt und konsequent eingesetzt werden. Was nutzen modernste Marketingtechniken wie die des Benchmarking, wenn staatliche Eingriffe bspw. durch die Benennung der Eliteuniversitäten sowie der Förderung von Exzellenzclustern und Graduiertenschulen deren Einsatz auf der bundesdeutschen Hochschullandschaft unmöglich machen. In näherer Zukunft ist mit einer noch stärkeren Divergenz zwischen Forschung und Lehre an den deutschen Universitäten zu rechnen, was in letzter Konsequenz in schlechterer Hochschullehre mündet und die Eliten von morgen im Vergleich zur heutigen Situation nicht kompetenter und arbeitsmarktgänglicher macht.

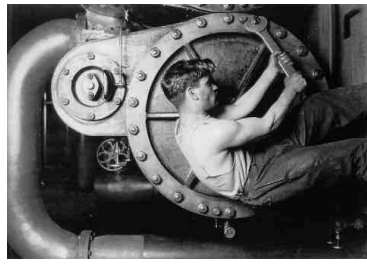
- Die Redaktion -

Soziologie als Herrschaftsinstrument

Die Soziologie ist eine Wissenschaft, die sich mit dem Zusammenleben von Menschen beschäftigt. Sie ist eine relativ junge Wissenschaft, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eng mit der beginnenden Industrialisierung und dem Aufkommen der bürgerlichen Gesellschaft zusammenhängt. Soziologie ist also ein Kind des kapitalistischen Gesellschaftssystems. Karl Marx, einer der soziologischen Klassiker, beschäftigte sich mit dem Problem des Elends in den englischen Arbeitervierteln. Er entdeckte, dass das kapitalistische Gesellschaftssystem durch den Gegensatz von Arbeit und Kapital bestimmt ist. Das heißt: Eine große Klasse von Lohnabhängigen die von ihrer Arbeitskraft leben müssen, stehen der Produktionsmittelbesitzenden Kapitalistenklasse gegenüber. Die Feststellung dieses gesellschaftlichen Verhältnisses beinhaltet eine der ersten soziologischen Analysen.



Die ideologische Grundlage für diese Entwicklung in der Soziologie ist zuletzt im „Positivismusstreit“ offen umkämpft gewesen. Der Soziologe und Philosoph Jürgen Habermas war einer der Teilnehmer. Er kritisiert den instrumentellen Charakter der Sozialwissenschaften. Heute entstehen hier „Sozietechniken“, mit denen Naturprozesse verfügbar gemacht werden sollen. Hiermit kritisiert er den Soziologen Karl Popper, welcher heute in jeder Vorlesung über empirische Sozialforschung zitiert wird. Der Begriff Empirie (Beobachtung) ist inzwischen so statischer Erhebung“ verstanden wird. Dies führt zu einem technokratischem und anonymisierten Denken, welches politische Entscheidungen und Moral voneinander trennt. Das tatsächliche Elend und Leid, welches Karl Marx zu seinen Studien veranlasste, geht unter einem Berg von rationalen Daten verloren. Die „moderne“ Soziologie behandelt Menschen als Teile in einer Maschine die den Namen Gesellschaft trägt. Hiermit stellt sie sich selbst den Blick auf die eigentliche gesellschaftliche Realität.

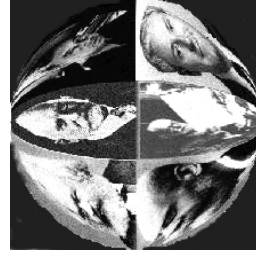


Während in der Soziologie vor wenigen Jahren noch der Versuch einer Lösung der aus dem Kapitalismus resultierenden Probleme als mehrheitliches Ziel galt, hat sich heute im Mainstream der Soziologie eine Strömung etabliert, die sich auf die Soziologie als Herrschaftsinstrument stützt. Politikwissenschaftliche Konzepte wie „Good Governance“ beschreiben den neuen Abweg den die Soziologie beschreitet. Sie leistet Vorarbeit für die Bürokratie. Anhand von statistischen Daten werden Meinungs-

Nicht nur in die Soziologie gilt es ihren gesellschaftlichen Zusammenhang zu sehen. Jede Disziplin von der Natur- bis zur Geisteswissenschaft, hat ihre konkrete Funktion. In den Wissenschaften und Forschungszielen spiegeln sich heute, mehr denn je, die politischen und moralischen Vorstellungen und Interessen der herrschenden Klasse wieder. Über ein Kontrollsystem wie „Leistungsbeurteilungen“ bei den Studierenden und der „Lohnabhängigkeit“ bei Dozierenden und Angestellten, sichert sich die wirtschaftliche und politische Elite ihre Profite und Macht.

So übernimmt jeder der in den Hochschulen tätig ist die Funktion eines Rädchen in einer Maschine. Die Universitäten zurück zu erobern, bedeutet über die eigene Position hinaus das Ganze zu überblicken. So wird es für jeden zur Aufgabe die Kundenperspektive zu verlassen und die eigene Karriere zu hinterfragen. Die Regeln und Rollen in welche Studierende und Angestellte gedrängt werden, gilt es zu überwinden und durch radikale politische Forderungen zu ersetzen.

- Die Redaktion -



Soziologie als Herrschaftsinstrument

Konzeptionslos und diffus – Hochschulpolitik made in Germany in Zeiten des Elite-Brandings

Gewerkschaftssystem Uruguays

Die tief stehende Herbstsonne spiegelt sich im Wasser des Rio de la Plata und erhellt das Gesicht von Jose Schwarz, der am Hafen der Stadt Colonia in Uruguay steht und den Blick über die Wassermassen in die Ferne schweifen lässt. Der deutschstämmige Gewerkschafter reagiert verärgert, wenn er auf die neue Mitte-Links-Regierung um den uruguayischen Präsidenten Tabaré Vázquez (Frente Amplio – FA) angesprochen wird. „Zwar sind die Rechte der Arbeitnehmerorganisationen durch das Parlament gestärkt worden so Jose Schwarz, „dies ist aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein, sofern die FA Regierung nicht verstärkt gegen die Informalisierung auf dem Arbeitsmarkt vorgeht“.

Der uruguayische Gewerkschafter thematisiert hier das am 22. Dezember 2005 im Parlament mit den Stimmen der Regierungskoalition

FA und einiger Oppositionsabgeordneten verabschiedete Gewerkschaftsgesetz, das vorsieht, jedwede Verfolgung wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten unter Strafe zu stellen. Strukturell sollen damit die Rahmenbedingungen für Arbeitnehmerorganisationen gestärkt werden in allen Arbeitssektoren, v. a. im informellen Sektor, gewerkschaftliche Organisationen gründen zu können.

Die erhoffte stärkere links Ver-schiebung des politischen Koordinatensystems in Uruguay, das neben Argentinien, Chile und Paraguay zum Südkontinent des amerikanischen Kontinents gezählt wird, blieb jedoch nicht nur in den Augen von Jose Schwarz aus. Obwohl eine Vielzahl von Gewerkschaften die FA um Tabaré Vázquez im Wahlkampf 2005 politisch unterstützen, sehen sich die gesellschaftspolitischen Akteure mittlerweile als Kontrahenten gegenüber. Selbst der gewerkschaftliche Dachverband PIT-CNT (Plenario Inter-sindical de Trabajadores – Convención Nacional de Trabajadores) sieht in der momentanen politischen Praxis der Regierung mehr liberale als etatistische Züge und spricht offen von Wahlügen und einem Bruch mit der Tabaré Vázquez-Regierung.

Aus einer historischen Perspektive

Beschäftigten auf dem Arbeitsmarkt an, ein gewerkschaftliches Mitglied zu sein, sind dies Anfang des 21. Jhd. gerade einmal 11 Prozent der „ökonomisch aktiven Bevölkerung“.

Der hauptsächlich Grund für die nachlassende Bindungs- und Aktivierungskraft der Gewerkschaften ist in der Informalisierung des Arbeitsmarktes zu sehen. Unter dem informellen Sektor werden alle Teile einer Volkswirtschaft subsumiert, deren ökonomische Tätigkeiten in offiziellen Statistiken nicht erfasst werden. In Industrienationen wird unter dem Terminus informeller Sektor häufig Schattenwirtschaft oder Schwarzarbeit verstanden. In Uruguay sind schätzungsweise knapp 30 Prozent der arbeitenden Bevölkerung im informellen Sektor anzusetzen. Im informellen Bereich werden einfache Produkte für den Binnenmarkt hergestellt und verkauft sowie simple Dienstleistungen angeboten.

„Ein formales Beschäftigungsverhältnis existiert im informellen Sektor zwischen Arbeitgeber und –nehmer nicht“, so konstatiert Jose Schwarz. „Ein Arbeiter erhält für die Reparatur eines Autoges eine geringeren Stundenlohn als ein Beschäftigter aus dem formellen Sektor. An diesem Zustand hat die von uns so herbeigesehnte Mitte-Links-Regierung auch bis dato nichts geändert“ lässt der Gewerkschafter die bisherige zweijährige Regierungsleistung der FA zusammenfassen.

Neben der persönlichen Abhängigkeit des Arbeiters von den Launen und den finanziellen Belinden seines Arbeitgebers sind sowohl weitreichende Konsequenzen für die Volkswirtschaft als auch für das politische System zu erwarten. Nicht nur, dass dem Staat Steuerentnahmen entgehen, auch Gewerkschaften oder Parteien verlieren die Unterstützung ihrer Basis, was in letzter Konsequenz zu einer Aushöhung des gesellschaftspolitischen Systems führen kann und den Nährboden für Populisten bietet. Während Jose Schwarz den Blick auf den Rio de la Plata wendet fordert er „entschiedeneres Vorgehen der Regierung“ v. a. gegen größere Unternehmen, die auf dem Weltmarkt Güter oder Dienstleistungen vom informellen Sektor kaufen bzw. vertreiben.

Demokratische Wahlen an der Universität Duisburg-Essen

Die folgenden Ausführungen sollen Euch grundsätzliche Informationen über den Prozess der demokratischen Wahlen an der Universität Duisburg-Essen liefern:

Wer darf wählen?

Jeder Student unserer Uni, der Wahlberechtigt ist, jede Studentin und jeder Student unserer Uni. Wer kann gewählt werden? Auch kann jede Studentin und jeder Student unserer Uni gewählt werden, einzige Voraussetzung ist, dass diese Person Mitglied einer Hochschulpolitischen Liste ist. Eine Übersicht über die bereits existierenden Listen findet ihr unter: <http://www.uni-due.de/studium/hopolisten.shtml>

Doch was soll ihr eigentlich wählen?

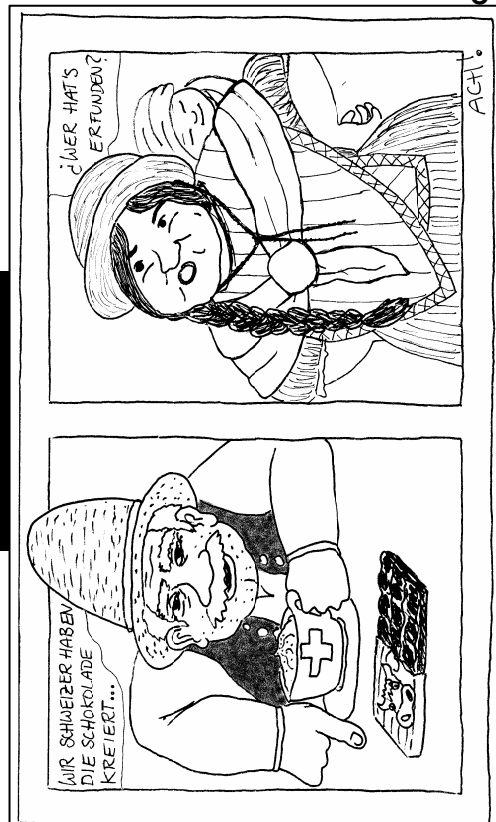
Das Studierendenparlament (StuPa) ist das höchste Organ der Verfassten Studierendenschaft (VS) und besteht aus 37 Mitgliedern. Das Studierendenparlament (StuPa) ist das höchste Organ der Verfassten Studierendenschaft (VS) und besteht aus 37 Mitgliedern. Die Aufgaben des StuPa sind: den Ausschuss wählen, den Haushalt beschließen und sich mit den wichtigsten Fragen, die die Studierendenschaft betreffen, befassen und im Senat sind von Montag bis Mittwoch. Die Ausschaltung der Urnen findet an dem Freitag nach 18 Uhr und öffentlich statt.

Wie wird gewählt?

Gewählt wird per geheimer Urnenwahl. Die Wahlen finden an zentralen Stellen auf den Campi verteilt (z.B. Mensa-Foyer Essen, UB-Foyer Essen, Mensa-Bibliothek Foyer Duisburg, etc). Die Wahlen zum Studierendenparlament sind von Montag bis Freitag, die Wahlen zu den studentischen Mitgliedern im Senat sind von Montag bis Mittwoch. Die Ausschaltung der Urnen findet an dem Freitag nach 18 Uhr und öffentlich statt.

lich, sie finden während der Vorlesungszeit in der Regel einmal im Monat statt. Jeder Studierende der Universität Duisburg-Essen hat Antrags- und Rederecht.

- Der Senat - Der Senat musste seine Position als wichtigstes Organ der Universität an den Hochschulrat abgeben. Er besteht aus 11 Professoren und/oder Professoren, drei Vertreterinnen und/oder Vertreter aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, drei Vertreterinnen und/oder Vertreter aus der Gruppe der nicht-akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und vier Vertreterinnen und/oder Vertreter aus der Gruppe der Studierenden. Die Aufgaben des Senats sind: Befassung mit Themen, die die Universität und ihre Mitglieder betreffen, Ausprechen von Empfehlungen und das Abgeben von Stellungnahmen (z.B. Aufnahme von Studiengängen, Forschungsschwerpunkten der Uni, Grundsätze von Studien-, Prüfungs- und Promotionsordnungen, etc.). Die Sitzungen des Senats (bis auf den Tagesordnungspunkt „Beratungen“) sind öffentlich und finden in der Regel alle drei Wochen statt.



Open Source

Mit der Open Source Software ist es wie mit Rezepten: sagt Richard Stallman ein Szeneprogrammierer in einem Interview bei Arte, "jeder hat die Möglichkeit, sie zu verändern und zu tauschen." Auch wenn nicht jeder die Fähigkeit besitzt, diese Freiheiten in Anspruch zu nehmen, bietet Open Source ein enormes emanzipatorisches Potenzial.

Stellen wir uns vor, jemand würde uns verbieten Rezepte zu tauschen und zu verändern, weil er mit Rezepten Geld verdienen möchte. Dies ist die Rolle von Microsoft mit ihrem Betriebssystem Windows. Die Open Source Lizenzen stellen die Konzernstrategie in Frage. Um Profit zu generieren, benötigt Microsoft Kontrolle über die Nutzungsbedingungen von ihrer Software. Zudem ist die Gratis konkurrenz, wie das Linux Betriebssystem Ubuntu eine enorme Bedrohung für das überbezahlte Betriebssystem Win-

downs. Microsoft wehrt sich deshalb mit allen Mitteln gegen die Open Source Konkurrenz: Über Klagen, negativ Kampagnen und über das Ausnutzen ihrer Marktmacht, welche es Microsoft ermöglicht, auf jedem Discounner-PC bereits vorinstalliert zu sein.

Doch gewinnt das Projekt Open Source zunehmend mehr Computerbenutzer. Auch wenn Open Source die kommerzielle Vermarktung von Software nicht ausschließt, bietet sie, dennoch immer die Möglichkeit für soziale Gedanken. Das kostenlose Betriebssystem Ubuntu ist ein solches Beispiel. So soll durch Ubuntu auch finanzschwachen Menschen die Nutzung eines Computers ermöglicht werden. Nicht nur das Betriebssystem ist kostenfrei, sondern auch eine inzwischen immens große Auswahl von Software. Durch die Möglichkeit des Austausches und der Verän-

derbarkeit hat sich eine weltweite Bewegung im Internet formiert, welche unaufhörlich Programme entwickelt und variiert. In dieser Community liegt die eigentliche Stärke von Open Source. Durch sie drückt sich die wieder gewonnene Freiheit über den eigenen Computer aus.



Tip: Informiert euch unter <http://ubuntusers.de/> über das Ubuntu Betriebssystem. Dort findet ihr neben den kostenfreien Downloads auch Angaben zu Geschichte und Philosophie des Projektes. Durch Anmeldung erhält ihr Zugriff auf das umfangreiche Forum in dem ihr Probleme im Umgang mit Ubuntu behandelt findet.

- Die Redaktion -

Coca-Cola Boykott

die beteiligten Hochschulen über die Problematik sowohl informieren als auch sensibilisieren. Dazu offeriert eine Aktionswoche nicht nur die Möglichkeit, mediale Aufmerksamkeit zu erlangen, sondern mit Hilfe von Referenten, Filmen und Reportagen sollen im Kontext einer Aktionswoche die Studierenden an den jeweiligen Campi über die gesellschaftspolitische Relevanz des Coca-Cola Boykotts aufgeklärt werden.

Als weitere Kommunikationsstrategien, um für mehr Interesse und Bekanntheit bezüglich der Coca-Cola-Kampagne zu sorgen, sind promotee Stände von Alternativprodukten, um Trinkproben durchzuführen und Merchandising, wie z. B. das Drucken von T-shirts, das Verleihen von Sticker und Flyer als auch das Anbringen von Plakaten angedacht. Das gesamte Hochschulgelände soll mit Anti-Coca-Cola Symbolen übersät werden.

Die Aktionswoche gegen die Coca-Cola-Company wird an allen betei-



igten Hochschulen im Zeitraum zwischen den 03. und 07. Dezember 2007 durchgeführt. Die Verdi-Campus Gruppe freut sich über jede Unterstützung und wünscht sich eine rege Beteiligung von Seiten der Studierendenchaft an der Aktionswoche. Wenn ihr Lust habt aktiv an der Kampagne teilzunehmen, dann setzt euch mit uns in Verbindung: info@verdi-campus.de

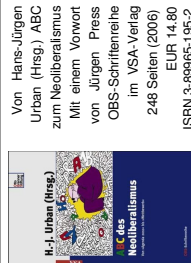
- Die Redaktion -

Open Source

Coca-Cola Boykott

ABC des Neoliberalismus - Die Bertelsmann-Stiftung

Die Bertelsmann-Stiftung (BS) ist die Unternehmensstiftung des gleichnamigen Medienkonzerns, der weltweit zu den fünf größten Medienunternehmen zählt. Sie wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet und sieht sich als sogenannte operative Stiftung in der Tradition der US-amerikanischen Think Tanks, die gezielt auf das gesellschaftspolitische Agenda-Setting Einfluss nehmen wollen (p-Stiftung). Die BS verfügt über einen Jahresetat von 60 Mio. Euro und beschäftigt über 300 MitarbeiterInnen, die über 100 Projekte betreuen. Dabei gibt es kaum noch ein gesellschaftspolitisch relevantes Themenfeld, in dem sie sich nicht engagiert.



Kurztext: Diese ABC hilft, sich in den Ambivalenzen und Widersprüchen des Neoliberalismus zurechtzufinden, um Gegenwehr entwickeln sowie Alternativen entdecken zu können.

Nachdem die BS anfangs eine dezidiert antigewerkschaftliche Position bezogen hatte, änderte sie in den 1990er Jahren ihre konfrontative Haltung zugunsten einer korporalistischen Strategie. Nach dieser politisch-strategischen Neuorientierung ging die BS eine besonders enge Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) des Deutschen Gewerkschaftsbunds ein, die sich bis heute in einer Vielzahl gemeinsamer Projekte niederschlägt. Besondere Aufmerksamkeit verdient das Projekt »Praxis Unternehmenskultur«, dessen Ergebnisse in einem mehrbändigen Handbuch dokumentiert sind. Ausgangspunkt ist die Einsicht, dass sich der Widerspruch von Kapital und Arbeit aufgelöst habe und einer partnerschaftlichen Beziehung zwischen der Unterneh-

menleitung und den Beschäftigten weichen müsse. Als Vorbild gilt die seit Jahrzehnten bei Bertelsmann in Gütersloh praktizierte Unternehmenskultur.

Hatte noch zu Beginn der 1990er Jahre eine Studie der HBS den aus Gewerkschaften zwiespältigen Charakter der Unternehmensverfassung des Bertelsmann Konzerns betont, welcher sich durch einen partizipativen Führungsstil auszeichne, der den MitarbeiterInnen einerseits begrenzte Mitbestimmungsmöglichkeiten eröffnet, während gleichzeitig die uneingeschränkte Dominanz des Managements im Beteiligungsprozess erhalten bleibt, tritt dieser Interessenskonflikt im gemeinsamen Handbuch der Unternehmens- und der Gewerkschaftsstiftung in den Hintergrund.

BERTELSMANN
media worldwide

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der BS ist das Thema Bildung. Zum einen ist sie im Rahmen projekt-förmiger Zusammenhänge, in Kooperation mit den Bildungsinstitutionen der Länder aber gleichwohl federführend, beratend bei der Reform des Schulwesens tätig. Darüber hinaus hat sie 1994 zusammen mit der Hochschulkonferenz das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) gegründet, um auch hier Impulse für eine Neugestaltung des Hochschulwesens zu geben. Sowohl im Schul- als auch im Hochschulwesen lautet das erklärte Ziel, den staatlichen Bildungseinrichtungen, vermittelt über die Einführung von Marktinstrumenten, mehr eigenverantwortliches Handeln zu ermöglichen. Demnach soll es Bildungseinrichtungen zukünftig erlaubt werden, über einen festen Haushaltsetat (Globalhaushalt) nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten »frei« zu verfügen. Von den dadurch vermeintlich erfindenden Handlungsspielräume verspricht sich die BS innovative Impulse für das bürokratisch verkrustete Bildungssystem.

Der Bertelsmann-Stiftung gelingt es immer wieder, ihr Ziel einer *Ökonomisierung des Politischen* im Sinne einer betriebswirtschaftlichen Transformation gesellschaftlicher Teilspektoren, in engen Kooperationen mit den unter-schiedlichsten gesellschaftlichen Akteuren über Parteilinien hinweg überzeugend zu artikulieren und so zu einer neoliberalen Hegemonie beizutragen. Dabei steht die strategische Ausrichtung der BS im Bildungssystem exemplarisch für die vielfältigen anderen Themenfelder, in denen sie sich einbringt. Das gilt insbesondere für die Europapolitik, die sie vermittelt über das Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) beeinflusst, bei dem es sich um eine weitere Ausgründung handelt und das maßgeblich von der BS finanziert wird. Das CAP empfiehlt im Rahmen seiner »Strategien für die Osterweiterung« den osteuropäischen Transformationsländern ausdrücklich eine »wirtschaftspolitische Schocktherapie«.



Die politische Brisanz der BS resultiert nicht in erster Linie aus ihrer inhaltlichen Ausrichtung, die zunächst als legitime Interessen einer Unternehmensstiftung zu begreifen sind, über die in einer demokratisch verfassten Gesellschaften aufgeklärt und gestritten werden kann. Problematisch erscheint vielmehr ihre gesellschaftliche Machtfülle, die sie aus schier unbegrenzten ökonomischen und medialen Ressourcen schöpft und die gerade jene gesellschaftlichen Grundlagen tanziert, denen sie ihre Existenz als gemeinnützige, dem Gemeinwohl verpflichtete Stiftung verdankt.

- Oliver Schöllner -

ABC des Neoliberalismus - Die Bertelsmann-Stiftung



ver.di

ver.di